

# JULIMAGAZIN

Ausgabe 05/2022



**Politischer Jahresrückblick**  
**Eine Verortung des Liberalismus**  
**LaVo-Vorstellung**  
**Polizeigewalt**

# INHALT

1. Was die liberale Außenpolitik jetzt braucht
2. Mehr als nur ein Hamburger Terminal – Wie der chinesische Neokolonialismus Freiheit weltweit bedroht
3. Eine Verortung des Liberalismus
4. Gehorsam und Widerstand
5. Vorstellung des neuen Landesvorstands
6. Polizeigewalt
7. Neuer Kurs für Brasilien
8. Warum Liberale den kulturellen Raum zurückerobern müssen
9. Liberale Kommunalpolitik für 2025
10. Innere Sicherheit nachhaltig gestalten
11. Der Wunsch nach Freiheit verbindet
12. Danke, Torben!

## CHEFREDAKTION



Torben Hundsdörfer



Sina Behrend

Liebe JuLis, dies ist im doppelten Sinne unsere letzte Ausgabe. Zum einen für dieses Jahr – zum anderen als Team in der Chefredaktion. Für mich, Torben, ist das die letzte Ausgabe als Co-Chefredakteur. Die JuLis OWL haben mich zu ihrem neuen Bezirksvorsitzenden gewählt und wir sind ja alle kein großer Freund von Ämterhäufung, deswegen ist es sehr schön, den Staffeln an Thomas weiterzugeben, der ab jetzt mit Sina die Doppelspitze bildet. Da es mein letztes Magazin ist, freut es mich umso mehr, noch mal richtig tolle Texte dabeizuhaben und so gut wie alle meine Lieblingsautoren noch mal versammeln zu können: Marc Bauer beschäftigt sich in dieser Ausgabe mit den Protesten der sogenannten Letzten Generation, während Alexander Kobuss darüber schreibt, wieso es endlich mehr Liberale im politischen Vorraum braucht. Leo Knauf analysiert den chinesischen Imperialismus. Ihr seht, die Ausgabe lohnt sich für die ungemütlichen Tage während des Jahreswechsels. Ich verabschiede mich mit einem Artikel zur grundsätzlichen Verortung des Liberalismus (was auch sonst) und freue mich auf die Magazine von Sina und Thomas!

Bis bald,

Sina & Torben

# WANDEL BRAUCHT HANDELN – WORTE, DIE ES FÜR EINE LIBERALE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK JETZT BRAUCHT

Vom vierten bis zum sechsten November fand der Bundeskongress der Jungen Liberalen unter dem Motto „Wandel braucht Handeln“ statt. Mit entschlossenem Willen stellen die JuLis sich hinter die FDP in der Ampelkoalition und fordern die FDP dazu auf, treibende Kraft liberaler Ideen in der Ampelkoalition zu werden. Eine Kraft, die die deutsche Außenpolitik zurzeit mehr als nötig hat. Seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine hat die deutsche Regierung eine Abkehr von einer Außenpolitik, die lange Zeit als zu passiv und unklar galt, unter dem Motto der „Zeitenwende“ angekündigt. Die anhaltenden Muster der Unentschlossenheit und unkoordinierten Entscheidungsfindung deuten allerdings darauf hin, dass sich alte Gewohnheiten nur schwer ablegen lassen.

Von der angekündigten Zeitenwende des Bundeskanzlers, die einen Wandel der Außenpolitik von einer Handel-fokussierten Außenpolitik zu einer wertebasierten Außenpolitik meint, ist nach mehr als neun Monaten nichts mehr übrig. Olaf Scholz reist gemeinsam mit Vertretern der deutschen Industrie nach Peking. Der Besuch der deutschen Delegation deutet auf eine Verfestigung der deutsch-chinesischen Beziehungen hin statt auf eine erhoffte Entkopplung der

staatskapitalistischen Volksrepublik. Für die Fußball-WM in Qatar schickt der deutsche Kanzler eine freundliche Videobotschaft und lobt die verbesserten Rechte von Arbeitern in Qatar. Dabei werden die 15.021 toten Arbeiter, die bei den Stadionbauten für die WM gestorben sind, nicht berücksichtigt. Die Beziehungen zu Autokratien werden verbessert, anstatt nach dem Motto der Zeitenwende die Distanz zu suchen.

Gleichzeitig nehmen die deutschen Alleingänge auf dem internationalen Parkett zu. Allerdings sind es nicht die erhofften Vorstöße, wie eine deutsche Panzerlieferung für die ukrainische Armee, sondern provozierende Alleingänge, wie die Abmilderungen der hohen Energiepreise, die statt gemeinsam in der europäischen Union unilateral gelöst werden. Die Folgen sind eine zunehmende Isolierung Deutschlands in der EU und ein besorgniserregender Tiefpunkt der deutsch-französischen Beziehungen. Manch einer mag die Willkürlichkeit der deutschen Außenpolitik mit der US-Außenpolitik unter Donald Trump vergleichen. Nun, ganz so schlimm ist es nicht. Das Problem liegt nicht an den Politikern, sondern ist ein tieferliegendes Problem, das aus starren krisengeschädigten Institutionen hervorgeht.

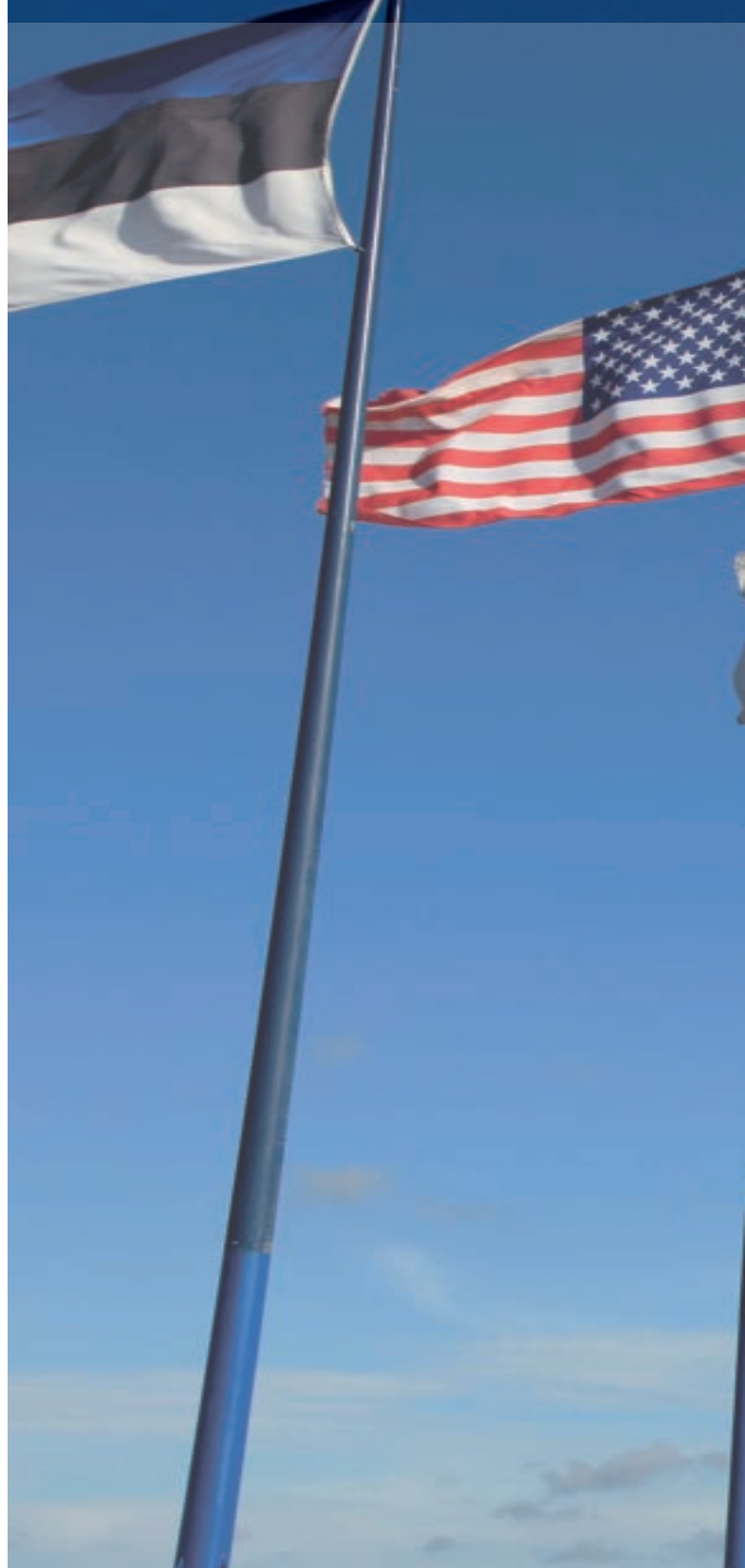
Die Ampelregierung befindet sich in einem Dauerkrisenmodus. Bisher war die deutsche Regierung damit beschäftigt, die Folgen der Corona-Pandemie abzuwenden, eine (bisher ausbleibende) deutliche Antwort auf den russischen Angriffskrieg und die darauffolgende Energiekrise zu finden. Der nie endende Krisenmodus der Ampelregierung führt zu einem Tunnelblick, der in der mangelnden Konsultation mit den europäischen Verbündeten und einer nahezu willkürlichen Außenpolitik mündet. Der Krisenmodus verstärkt sich durch den Trümmerhaufen der deutschen Institutionen, die mit Arbeitsstrukturen und Technik aus dem letzten Jahrhundert ausgestattet sind. Eine weitere Folge der Krisenkoalition ist der Fokus auf kurzfristige Ziele anstatt auf langfristige Ziele. Um beides miteinander zu vereinen, müssen Krisenreaktionen nach? den langfristigen Zielen der Regierung ausgerichtet sein. Um die Krisen von heute zu bewältigen, brauchen wir funktionelle digitale Verwaltungsstrukturen und handlungsentschlossene Politiker, die die Krisenreaktionen auf langfristige Ziele ausrichten. Die deutsche Politik hat das Motto des JuLi-Bundeskongress mehr als nötig. Der

Krisenmodus muss abgeschaltet und der Blick auf die langfristigen Ziele gerichtet werden.

Nehmen wir als Beispiel den Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen, die durch den russischen Angriffskrieg nach Deutschland kommen. Die Kommunen werden allein gelassen und das Talent von Tausenden Geflüchteten geht verloren. Es bräuchte Investitionen und eine Förderung von Talenten, damit die ukrainischen Geflüchteten ihre Skills nicht verlieren. Dabei wird das langfristige Ziel des Wiederaufbaus der Ukraine mit jedem Cent, der in einen ukrainischen Geflüchteten investiert wird, unterstützt. Ein weiteres Beispiel ist das Beenden der Energiekrise.

Neben einem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien hängt das Ende der Energiekrise mit einem Ende des russischen Angriffskriegs zusammen. Um die Energiekrise zu beenden, muss der Weg zurück in ein friedliches Europa gefunden werden. Hierfür ist ein militärischer Sieg der Ukraine durch die Rückeroberung der besetzten russischen Gebiete notwendig. Deutschland muss mehr winterfähige Militärausrüstung, Munition, Helme und endlich Panzer in die Ukraine schicken, um die fatalen wirtschaftlichen Folgen des Russlandkriegs zu beenden und dem Leiden der ukrainischen Bevölkerung ein Ende zu setzen.

Die liberale Welt braucht eine starke deutsche Außenpolitik, die sich gemeinsam mit unseren europäischen Partnern an liberalen Werten ausrichtet. Mit Blick auf eine erneute Kandidatur von Donald Trump müssen sich die liberalen Demokratien Europas auf mehr Eigenständigkeit auf dem internationalen Parkett vorbereiten. Liberale Demokratien dürfen sich nicht durch krisengetriebene Alleingänge voneinander distanzieren, sondern müssen jetzt stärker als je zuvor miteinander kooperieren. In seiner Rede auf dem JuLi-Bundeskongress betont Christian Lindner, dass Freiheit ohne Wohlstand ein Problem ist, das wir lösen können. Wohlstand ohne Freiheit hingegen ist ein Zustand, der für uns Liberale nicht tragbar ist. Diesen Grundsatz sollte die deutsche Außenpolitik im Sinne der Zeitenwende tief verinnerlichen.



Bildnachweis: stock.adobe.com/Jeanette Dietl



**Johannes Brill**

ist International Officer der Liberalen Hochschulgruppen und Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Duisburg. Er studiert aktuell im Master Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen.





**Alina Piddubna**

ist International Officer und Leiterin des internationalen Ressorts von ZeMolodizhka (youth wing of Servant of the People Party), Assistentin eines MP der Ukraine. Sie ist außerdem Mitglied der Ukrainian Foreign Policy Association.



# MEHR ALS NUR EIN HAMBURGER TERMINAL

Es ist Anfang dieses Jahres, 23 Uhr: Wir sitzen zu fünft in einem viel zu kleinen senegalesischen Taxi, dessen Beifahrertür Nemir während der Fahrt zuhalten muss. Wir sind auf dem Weg vom Flughafen Dakar in die City, zur Generalversammlung von IFLRY, der Welt-Dachorganisation der JuLis. Zwischen dem Flughafen und der City liegt die Arène National – ein riesiges, nagelneues Wrestling-Stadion. Der Taxifahrer erzählt uns auf Nachfrage: „Yes, Chinese built it. Very nice!“ Wie nett von der Volksrepublik China, dass sie der senegalesischen Regierung ihr neues Stadion für 45 Mio. USD bezahlen. Doch dahinter steckt mehr...

Weil die „Volksrepublik“ technisch gesehen selbst noch ein Entwicklungsland ist, ist sie nicht Mitglied des OECD-Entwicklungshilfesausschusses und damit auch nicht an seine Standards gebunden. Deshalb kann die Kommunistische Partei Chinas auch andere Formen

der Einflussnahme wählen. Der Deal sieht oft so aus: China stellt Infrastruktur (Brücken, Straßen, Stadien, Flughäfen etc.) bereit und erhält im Gegenzug Zugriff auf Ressourcen – beispielsweise kauft die „Volksrepublik“ im großen Stil Minen und Schürfrechte im Kongo, welches für 54 % der weltweiten Kobaltwertschöpfung verantwortlich ist. Insbesondere bei der Finanzierung von Bauvorhaben unterstützt China in Milliardenhöhe. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) vergibt mehr Kredite als die Weltbank und der internationale Währungsfonds zusammen. Auch in der Corona-Hilfe engagiert sich die „Volksrepublik“, mit hochprofessionellen Videos, in denen massenhaft Hilfsgüter an arme afrikanische Länder geliefert werden.

Doch warum ist China so nett zu diesen Entwicklungs- und Schwellenländern? Um das zu verstehen, müssen wir einen Blick nach Griechenland, zum Hafen von Piräus werfen. Im Zuge einer Spar-Offensive während der griechischen Finanzkrise pachtet das chinesische Staatsunterneh-

men COSCO (wir erinnern uns an den Hamburger und den Duisburger Hafen) 51 % des Hafens auf 35 Jahre, im Gegenzug investieren sie 500 Millionen Euro. 2016 kommt dann der Gipfel: COSCO kauft 67 % der Hafengesellschaft PPA, im Gegenzug investieren sie über mehrere Jahre 350 Millionen Euro. Durch die chinesischen Investitionen konnte der Hafen von Piräus sein Containervolumen vervierfachen und ist der wichtigste Containerhafen im Mittelmeerraum und der viertwichtigste Containerhafen Europas. Piräus ist kein Einzelfall. 14 Containerhäfen in Europa – darunter Marseille, Le Havre, Bilbao, Malta – und viele weitere weltweit stehen unter Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas. Denn COSCO ist kein privatwirtschaftliches Unternehmen, sondern Agent der chinesischen Regierung. Diese Übernahmen, sie sind alle Teil eines großen Plans: der „neuen chinesischen Seidenstraße“. Ganz offen vermarktet China seine Ambitionen. Werbefilme begleiten den Ausbau von Infrastruktur und Handel weltweit. Was aber verschwiegen wird: Die „Volksrepublik“ will



# WIE DER CHINESISCHE NEOKOLONIALISMUS FREIHEIT WELTWEIT BEDROHT

ein Netzwerk aus Abhängigkeiten in Infrastruktur und Handel aufbauen, um seine Vision durchzusetzen: eine Weltordnung, in der kleinere Länder politisch und wirtschaftlich so von China abhängig sind, dass sie nichts mehr ohne chinesische Billigung machen können – beispielsweise, weil ein großer Teil der Staatsverschuldung und der kritischen Infrastruktur der „Volksrepublik“ gehört. So werden Länder gezwungen, eine Ordnung zu akzeptieren, in der Großmächte wie Russland ihre Nachbarstaaten in illegalen Angriffskriegen erobern können, ohne Konsequenzen der internationalen Gemeinschaft zu erfahren (siehe Abstimmungsverhalten der sogenannten Volksrepublik China bei den entsprechenden UN-Resolutionen). Aktuell reden wir über Russland und den völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine, aber wir wissen alle, dass die KPCh bei Taiwan am liebsten kurzen Prozess machen würde und auch darüber hinaus Gebietsansprüche erhebt.

Diese Auswirkungen auf die politische Praxis sind keine Verschwörungstheorie – ihre Auswirkungen

sehen wir glasklar: Griechenland nimmt in der außenpolitischen Positionierung der Europäischen Union beispielsweise regelmäßig Pro-KPCh-Positionen ein. Griechenland stoppte so mit einem Veto 2019 eine EU-Erschließungsresolution, mit der Menschenrechtsverletzungen in China verurteilt werden sollen.

Doch was nun? Wie gehen wir als liberale Demokratien, wie gehen wir als der Westen mit dieser Entwicklung um?

Für uns Junge Liberale gibt es meiner Meinung nach zwei strategische Ziele, die wir verfolgen müssen:

Wir müssen mit unseren Partnern in der EU und der NATO eine gemeinsame China-Strategie entwickeln. Teil davon muss die Fragestellung sein, wie wir verhindern, dass essenzielle Teile unserer Infrastruktur in die Hände der KPCh fallen.

Darüber hinaus müssen wir auch über eine Öffnung des Westens gegenüber den betreffenden Ländern

reden. Im afrikanischen Kontinent und in anderen Schwellen- und Entwicklungsländern steckt viel Potenzial – das hat auch die KPCh erkannt. Um auch langfristig mit der sogenannten Volksrepublik Schritt halten zu können, brauchen wir eine westliche Öffnungsoffensive. Der entscheidende Unterschied zum chinesischen Neoimperialismus muss sein, dass wir auf Augenhöhe mit unseren Partnern agieren.

Wir müssen Freihandelsabkommen verhandeln und ratifizieren und uns für vereinfachte Visumverfahren einsetzen. Wir müssen gemeinsam mit unseren westlichen Partnern das Investitionsvolumen für Entwicklungszusammenarbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern erhöhen und vor allem müssen wir es möglich machen, dass privates Kapital aus Deutschland und dem Westen investiert werden kann. Nur so können wir im Systemwettbewerb bestehen und die Werte unserer freiheitlichen Demokratie von Freiheit, Fortschritt, Selbstbestimmung gegen den Autoritarismus verteidigen.



**Leo Knauf** ist Beisitzer im Landesvorstand und Kreisvorsitzender der JuLis Bielefeld. Ihr erreicht ihn unter [leo.knauf@julis-nrw.de](mailto:leo.knauf@julis-nrw.de)





# EINE VERORTUNG DES LIBERALISMUS

Im letzten FDP-Wahlprogramm zur Bundestagswahl fand sich der Satz „Die richtige Richtung: durch die Mitte nach vorne“. Der politisch organisierte Liberalismus in Deutschland legt also besonderen Wert auf die Mitte. (Die CDU plakatiert das zwar auch, was schon ein erstes Problem sein könnte, aber das ist noch etwas anderes). Seit einem Jahr sitzt er dort sogar. Es geht um die politische, bürgerliche, wirtschaftliche Mitte. Das ist deswegen so interessant, weil es dem Liberalismus gar nicht inhärent ist und vielleicht auch eine schnelle programmatische Einschränkung, fokussiert man seine Politik auf bestimmte Bevölkerungsteile – mögen sie noch so groß sein.

## Die Mär von der politischen Mitte

In der Mitte kann man nur sein, wenn es ein Links und ein Rechts gibt. Die sogenannte Mitte befindet sich dann irgendwie dazwischen, je nachdem, wie weit rechts das Rechts und wie weit links das Links ist. Die Mitte ist also gezwungenermaßen immer auch eine Definition durch Abgrenzung. Das ist nicht per se

schlecht, schließlich ist eine klare Abgrenzung zu den Rändern total wichtig, jedoch irgendwie auch ärgerlich, wenn in der politischen Definition, wie es diese Gerade von Links über die Mitte bis Rechts vorsieht, immer der Bezug zu anderen politischen Richtungen da ist. Das geht natürlich besser.

Friedrich August von Hayek entwirft in seinem Aufsatz „Konservatismus und Liberalismus“, der das Nachwort seiner großen „Verfassung der Freiheit“ darstellt, eine andere, bessere Verortung des Liberalismus: in einem Dreieck, bestehend aus Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus. Im Idealfall steht der Liberalismus dort über den Dingen – an der Spitze des Dreiecks. Als eigene, unabhängige Kraft, die nirgendwo zwischen oder daneben ist, sondern ganz für sich steht. Die ohne Bezug zu den anderen auskommt, sondern der die eigenen Ideen reichen.

## Vom Liberal-konservativ-Sein

Wer sein Konservativsein besser klingen lassen möchte und sonst auch nicht ganz viel Ahnung vom

Liberalismus hat und der Freiheit zugunsten einer vermeintlichen Sicherheit auch ganz gern mal ein wenig einschränken möchte, der nennt sich oft „liberal-konservativ“. Das kann man gut und gerne machen, das soll gar kein Vorwurf sein – nur klar sein muss, dass man dann eben nicht liberal ist. Sondern konservativ mit einem Faible für Wirtschaftspolitik.

Hayek beschäftigt diese oft falsch verstandene Auslegung des Liberalismusbegriffs auch in seinem schon erwähnten Aufsatz (wer also noch ein Weihnachtsgeschenk sucht ...). Er macht die wesentliche Unterscheidung von Liberalismus und Konservatismus neben allen programmatischen Unterschieden von einer wesentlichen Art und Weise, Politik zu betrachten, abhängig: „Nicht wer regiert, sondern was die Regierung zu tun berechtigt ist, scheint mir das wesentliche Problem zu sein.“

Das ist das Wesentliche am Liberalismus. Der Blick für das Große und Ganze über die Tagespolitik hinaus, das Feingefühl für das sensible Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat





und das grundsätzliche Engagement für eine starke Verfassung mit reichen Grundrechten als Abwehrrechte gegen den Staat.

### Ran an die politischen Institutionen!

Auch Karl Popper weiß um diese zentrale Frage des Liberalismus und formuliert sie in seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ wie folgt: „Das führt uns zu einer neuen Betrachtung des Problems der Politik; denn es zwingt uns, die Frage Wer soll regieren? durch die neue Frage zu ersetzen: Wie können wir politische Institutionen so organisieren, dass es schlechten und inkompetenten Herrschern unmöglich ist, allzu großen Schaden anzurichten.“

Was Popper hier, zugegebenermaßen vielleicht etwas sperrig, formuliert, sollten wir Jungen Liberalen und die FDP uns mal wieder ganz besonders zu Herzen nehmen. Noch wichtiger, als gute Politik zu machen, ist es, politische Institutionen so zu gestalten, dass schlechte Politik durch schlechte Politiker gar nicht wirklich möglich ist. Wir sind in der Bundes-

regierung, und Realpolitik mit Grünen und SPD macht ohnehin nicht allzu viel Spaß – also ran an die politischen Institutionen!

Das ist meine letzte Ausgabe als Co-Chefredakteur. Seit Oktober darf ich als Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Ostwestfalen-Lippe die liberalste Untergliederung dieses Landesverbandes anführen – meine brutalliberalen (Anna Schneiders Wortschöpfung) Ideen werdet ihr also in diesem Magazin nicht vermissen müssen. In diesem Sinne: Bis bald und Sina und Thomas eine gute Hand!



**Torben Hundsdörfer**

(18) ist Bezirksvorsitzender der JuLis OWL und studiert JuLi-untypisch Jura. Er liebt Bücher, Kaffee, Bob Dylan, Hayek und sonntags Tatort.

# GEHORSAM

& Widerstand im liberalen Rechtsstaat

Freiheit ist nicht selbstverständlich, sondern musste erst blutig erkämpft werden. Schon im alten Griechenland wurde die Legitimität des Tyrannenmordes diskutiert, und der liberale Denker John Locke proklamierte ein Widerstandsrecht des Bürgers gegen einen tyrannischen Staat, der seine Menschenrechte verletzt. Ein Postulat, das die Gründerväter der USA zur Rechtfertigung der Abspaltung von Großbritannien nutzten. Auch das Grundgesetz verbürgt das Widerstandsrecht gegen jeden, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen unternimmt. Das Grundgesetz errichtet aber auch einen Rechtsstaat, also einen Staat, in dem, nach der berühmten Formel amerikanischer Prägung, die Gesetze herrschen, nicht die Menschen. Der Rechtsstaat verpflichtet also zum Gehorsam gegenüber den Gesetzen. Wie lassen sich Gehorsamspflicht und Widerstandsrecht miteinander in Einklang bringen?

## Der konservierende Widerstand

Als das Bundesverfassungsgericht 1956 über das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) beriet, argumentierte diese, ihr Ziel einer Umgestaltung der Gesellschaft im Geiste des Marxismus-Leninismus stütze sich auf ein Widerstandsrecht gegen die bestehende Ordnung, gekennzeichnet durch die Herrschaft des Großkapitals und des „Adenauer-Regimes“. Das Bundesverfassungsgericht nahm eine wichtige

Differenzierung vor. Widerstand könne es (allenfalls) dann geben, wenn er darauf abzielt, die bestehende freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verteidigen oder wiederherzustellen, wenn dieses Recht also in einem konservierenden Sinne gebraucht werde. Nicht jeder Verfassungsverstoß löst das Widerstandsrecht aus, sondern in einer im Ganzen intakten Ordnung ist der Bürger darauf verwiesen, die bestehenden Rechtsbehelfe auszunutzen. Die KPD wollte mit ihrem „Widerstand“ eine andere, eine nach ihrer Ansicht bessere Ordnung und verfiel damit dem Verdikt der Verfassungswidrigkeit.

## Wer ist der Bösewicht?

Selbst wenn nur konservierender Ungehorsam akzeptiert wird, ergibt sich ein Problem: Im Ernstfall wird jede Seite für sich reklamieren, im Recht zu sein. Die Regierung wird warnen, die gegen sie mobil machenden Massen seien Verräter, Putschisten und Terroristen, welche die Verfassungsordnung beseitigen wollten. Die Opposition wird behaupten, dass die Regierung dies längst getan und eine Diktatur errichtet habe. Tatsächlich rechtfertigen Diktatoren ihre Machtergreifung oftmals mit der Abwehr angeblicher Staatsstreiche. Die Suspendierung der Grundrechte „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ nach dem Reichstagsbrand war der Weg in die unumschränkte Herrschaft Hitlers. Die Unrechts-



herrschaft der SED stützte sich auf den Kampf gegen Nazismus und Imperialismus, deutete den Todesstreifen an der innerdeutschen Grenze zum „antifaschistischen Schutzwall“ um. Die Rechtsterroristen der Weimarer Republik sahen sich genauso im Recht wie die Linksterroristen der RAF. Deshalb darf ein Widerstandsrecht nicht leichtfertig angenommen werden – es gibt in jedem Rechtsstaat ein Grundvertrauen in die ordentlich bestellten Verfassungsorgane. Wenn jeder sich selbst zum Widerstandskämpfer deklarieren und Parlament, Regierung und Verfassungsgericht die Legitimation absprechen könnte, endete dies im Bürgerkrieg – und damit vermutlich am Ende in unfreien Zuständen.

## Ziviler Ungehorsam

Wie wir gesehen haben, lässt sich das Widerstandsrecht nur als Notrecht im äußersten Notfalle akti-

vieren: in einem Staat, der kein demokratischer Rechtsstaat ist, oder in einem solchen, wenn Kräfte darauf aus sind, diese Ordnung zu beseitigen. Doch wird seit Langem unter dem Stichwort „ziviler Ungehorsam“ auch über Rechtsbrüche innerhalb unseres Systems nachgedacht. Bereits der Begriff ist allerdings vage: Teilweise werden damit Verhaltensweisen bezeichnet, die in Wahrheit gar nicht illegal sind, sodass der Begriff benutzt wird, um sich selbst als besonders mutig und opferbereit darzustellen und in eine Reihe mit Menschen, die tatsächlich etwas für ihre Überzeugung riskiert haben. Sinnvoll ist es, den Begriff auf bewusste reale Rechtsbrüche zu beschränken.

Von zivilem Ungehorsam kann man meines Erachtens nur reden, wenn der Rechtsbruch sich gerade gegen dasjenige richtet, was als Unrecht bekämpft wird. Man denke an die US-Bürger, die sich weigerten, auf den Schwarzen zugewiesenen Plätzen in Verkehrsmitteln Platz zu nehmen. Oder auch an Anti-Atomkraft-Aktivist\*innen, die Gleise blockierten, auf denen Castoren transportiert werden sollten. Wird dieser Zusammenhang aufgegeben, handelt es sich schlicht um politische Kriminalität, also um den Versuch, durch die bewusst öffentlich inszenierte Begehung von Straftaten Druck zu erzeugen, die Bevölkerung einzuschüchtern und die Verfassungsorgane zu nötigen. Die spätere Terroristin Ulrike Meinhof schrieb nach dem Brandanschlag auf Kaufhäuser: „Das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung der Waren, es liegt in der Kriminalität der Tat, im Gesetzesbruch.“ Die Geschichte der RAF zeigt, wie

schnell Radikalisierung der Ideen und Eskalation der Methoden zu Terrorismus führen können.

### Schlussfolgerung

Straftaten, die begangen werden, um damit politische Fernziele zu verfolgen und die staatlichen Organe zu nötigen, sind in erster Linie Angriffe auf die Rechtsordnung selbst. Der Angriff auf Kunstwerke, bei denen das Angriffsziel zufällig und austauschbar ist, ist daher von anderer Intensität als eine unpolitische Sachbeschädigung, was ebenso Berücksichtigung finden muss wie die Wiederholungsgefahr und die fehlende Unrechtseinsicht der Täter.

Aber auch wenn bestimmte Verhaltensweisen das Etikett „ziviler Ungehorsam“ bekommen, macht das diese nicht legal. Der Gesetzesbruch ist eben notwendiges Mittel und die Strafe notwendige Reaktion. Der Rechtsstaat darf sich nicht delegitimieren lassen. Er sollte streng nach seinen eigenen Regeln mit den Tätern verfahren – was aber auch heißt, dass er nicht nach persönlicher Sympathie oder Antipathie besonders hart oder milde verfahren sollte. Das Strafrecht ist kein Vehikel, um gegen unliebsame politische Gegner vorzugehen; auch hier ist auf Verhältnismäßigkeit zu achten. Und auch umgekehrt: Jeder, der von zivilem Ungehorsam schwärmt, muss sich bewusst machen: Was man dem Klimaaktivisten zugesteht, gilt auch für den Querdenker, für Rechte wie Linke, für jeden, der sich im Recht sieht. Wir sind daher gut beraten, statt auf vage Kategorien des zivilen Ungehorsams konsequent auf den Schutz der Grundrechte

zu achten, die politischen Protest garantieren und von Strafe freistellen: Kämpfen wir als Liberale für eine robuste Auslegung und Anwendung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die legitime Einflussnahme auf die Politik erfolgt in unserer Staatsordnung über den Kampf der Meinungen, der auf dem Marktplatz der Ideen ausgetragen wird – nicht über Zwang und Nötigung.

Denn in einer liberalen Demokratie ist niemand im Besitz absoluter Wahrheit. Konträre Interessen müssen gegeneinander abgewogen, konfligierende Grundrechte miteinander in Einklang gebracht, unterschiedliche Zielsetzungen priorisiert werden. Und ebenso wie 1956 gilt: Unsere Ordnung ist legitim. Die repräsentative Demokratie und der gewaltenteilende Rechtsstaat mit einer starken Verfassungsgerichtsbarkeit sind nicht perfekt, aber jedem anderen System überlegen.



**Mark Bauer (27)**

ist Jurist und arbeitet im Deutschen Bundestag. Ihr erreicht ihn unter [marc.bauer@julis.de](mailto:marc.bauer@julis.de)



### Alexander Steffen, Jahrgang 1993, Mettmann

Bei den JuLis seit: 2015

Erster Posten bei den JuLis: Ortsvorsitzender JuLis Ratingen

Dieses Thema hat mich politisiert: Verhältnis von Staat und Bürger

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher):

Westerwelles Steuermodell „einfach, einfach und gerecht“

Mein politisches Vorbild: Vor Kevin Kühnerts Einfluss auf die SPD habe ich Respekt, ein echtes Vorbild habe ich nicht.

Buchtipp: Kapitalismus und Freiheit von Friedman

Film-/Serientipp: Blacklist

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: FDP NRW wiederbeleben



### Anna Neumann, Jahrgang 1994, Ennepe-Ruhr

Bei den JuLis seit: 2017

Erster Posten bei den JuLis:

Ortsvorsitzende der Jungen Liberalen Hattingen (Liebe geht raus)

Dieses Thema hat mich politisiert: Angriffe auf die liberalen Demokratien weltweit

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher):

Warum wurde ich eigentlich nie gefragt, ob ich Mitglied in der Kirche sein möchte?

Mein politisches Vorbild: Eine Mischung aus Helmut Schmidt & Guido Westerwelle ;-)

Mein sonstiges Vorbild: Michelle Obama

Buchtipp: Die Verfassung der Freiheit – Friedrich August von Hayek

Film-/Serientipp: 4 Blocks

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Den Finger konstruktiv (!) bei Struktur- und Kulturfragen bei der FDP in die Wunde legen



### Alondra von Groddeck, Jahrgang 2002, Mülheim an der Ruhr

Bei den JuLis seit: 2019

Erster Posten bei den JuLis: Kreisvorsitzende der JuLis Mülheim an der Ruhr

Dieses Thema hat mich politisiert: Der Beginn der Fridays-for-Future-

Demonstrationen in Deutschland sowie mein persönliches Streben nach Klimaschutz mit Marktwirtschaft statt mit Verboten

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher):

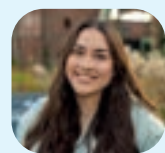
Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014

Mein politisches Vorbild: Marco Buschmann, MdB, ein sonstiges Vorbild habe ich nicht.

Buchtipp: Stephen Hawking – Kurze Antworten auf große Fragen

Film-/Serientipp: Gossip Girl

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Besonders möchte ich unsere Kreisverbände bestmöglich unterstützen, unsere Mitglieder bei einer Skill-Tour schulen und ihnen auch ein digitales Angebot machen.



### Martin Bangard, Jahrgang 2000, Bonn

Bei den JuLis seit: 2014

Erster Posten bei den JuLis: Beisitzer im Kreisvorstand der JuLis Bonn

Dieses Thema hat mich politisiert: Euro-Krise und NSA-Skandal

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher):

Die Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten

Mein politisches/sonstiges Vorbild: –

Buchtipp: 1984 – George Orwell

Film-/Serientipp: Better Call Saul

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Die Gestaltung der Social-Media-Präsenz



### Jessica Bremes, Jahrgang 2000, Wuppertal

Bei den JuLis seit: 2018

Erster Posten bei den JuLis: Stellv. BAK-Leiterin (Wirtschaft, Energie, Finanzen)

Dieses Thema hat mich politisiert: U.a. das bedingungslose Grundeinkommen und TTIP.

Besonders über TTIP hab ich mich sehr viel mit meiner SoWi-Lehrerin gestritten.

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher): Wie ich mit meiner gesamten Familie zur Bundestagswahl 2009 gelaufen bin und alle SPD gewählt haben – bis auf eine stabile Person. Seit ich 18 bin, haben wir jetzt doppelt so viele FDP-Wähler in der Familie.

Mein politisches/sonstiges Vorbild: –

Buchtipp: Was wir glauben, wer wir sind – Nesibe Özdemir

Film-/Serientipp: Coach Carter, hat kein klassisches Happy End + Basketballfilme sind grundsätzlich besser als alle anderen.

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Digitalisierung und Vereinfachung der Verbandsarbeit, besonders hinsichtlich der Vernetzung von Kreisverbänden



DES  
S  
NE  
U  
E  
S

## Denis Schmidt, Jahrgang 2003, Münster

Bei den JuLis seit: August 2021

Erster Posten bei den JuLis: Kreisschatzmeister JuLis Borken

Dieses Thema hat mich politisiert: Ganz klar das Thema Bildung.

Schon vor meiner Zeit bei den JuLis habe ich mich im Rahmen der Bezirks- und Landesschülervertretung für eine chancengerechte Bildung stark gemacht. Nun engagiere ich mich seit mehr als sieben Jahren politisch und meine Meinung bleibt klar: Ich glaube, dass eine individuelle und chancengerechte Bildung, in der sich das Individuum frei und selbstbestimmt entfalten kann, ein Mehrwert für die gesamte Gesellschaft ist. Manchmal habe ich jedoch den Eindruck, dass vielen die Wichtigkeit einer solch exzellenten Bildung nicht klar ist.

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher): Ich war als Kind immer ein Fan von Barack Obama, weil ich ihn damals schon als einen Politiker empfunden habe, wie man sich ihn wünscht – nahbar, realistisch, sympathisch und professionell.

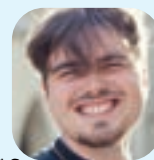
Mein politisches Vorbild: Ganz klar: Guido Westerwelle

Mein sonstiges Vorbild: Mein rhetorisches Vorbild ist Christian Lindner.

Buchtipp: VWL für Dummies (kann ich nur empfehlen)

Film-/Serientipp: Criminal Minds

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Aus meiner Sicht müssen wir alle Mitglieder mehr abholen. Daher möchte ich mich für Veranstaltungen in allen Ecken des Verbandes einsetzen sowie für Mentoring-Programme, damit wir der Größe und des Potenzials unseres Verbandes gerecht werden. Wobei mir Anna Neumann auch einen liberalen Kochabend versprochen hat ;)



## Erik Prümer, Jahrgang 1999, Aachen-Stadt

Bei den JuLis seit: Ende 2020

Erster Posten bei den JuLis: Anfang 2021

Dieses Thema hat mich politisiert: Die vielen Jahre der großen Koalition waren Jahre des Stillstands. Diese Zeit hat bei mir zu wachsender Unzufriedenheit geführt. Schlussendlich haben aber wohl der völlig respektlose Umgang der Union mit dem freien Internet im Zuge der EU-Urheberrechtsreform und die maßlosen Forderungen von „Fridays for Future“ den Ausschlag für mein politisches Engagement gegeben.

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher): Mein erster politischer Gedanke muss wohl irgendeine Variante von „Leben und leben lassen“ gewesen sein. Für mich war es schon immer völlig unverständlich, dass manche Menschen anderen Menschen unbedingt ihren Lebensstil aufzwingen wollen.

Mein politisches Vorbild: Christian Lindner

Mein sonstiges Vorbild: Stephen Hawking

Buchtipp: Eragon

Film-/Serientipp: Peaky Blinders

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Mir ist wichtig, dass wir die jungliberale Power, die auf der kommunalen Ebene schlummert, in Zukunft noch besser entfalten können. Deswegen setze ich mich für eine bessere Vernetzung unserer kommunalen Mandatsträger ein. Damit können einerseits Konzepte, die in der einen Stadt funktionieren, schneller und besser auf andere Orte übertragen werden und Fehler aus der einen Stadt müssen vielleicht nicht in der anderen wiederholt werden.



## Jonathan Dammermann, Jahrgang 1998, Unna (Bezirksverband Westfalen-Süd)

Bei den JuLis seit: September 2013

Erster Posten bei den JuLis: Schatzmeister im Kreisverband Unna

Dieses Thema hat mich politisiert: Die Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke im Jahr 2010 und die Rücknahme nach dem Tsunami und Erdbeben in Japan 2011 habe ich auf jeden Fall sehr interessiert verfolgt und war auch schon damals der Ansicht, dass wir auf klimafreundliche und sichere Energie nicht verzichten sollten.

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher): Ich erinnere mich noch gut an einen Trip mit meiner Familie nach Berlin im November 2005. Angela Merkel war kurz vorher zur Bundeskanzlerin gewählt worden.

Die Regierungsgebäude, der Deutsche Bundestag: Das war damals so überwältigend!

Mein politisches Vorbild: Vorbild im Sinne, dass man einer Person nachempfiehlt, habe ich keins. Guido Westerwelle war jedoch für mich ein beeindruckender und begnadeter Politiker.

Mein sonstiges Vorbild: Hier gilt natürlich das Gleiche. Die Fähigkeit von Jürgen Klopp, Menschen für etwas zu begeistern und zu motivieren, finde ich jedoch stets faszinierend.

Buchtipp: Berthold Beitz – Die Biographie von Joachim Knäpper

Film-/Serientipp: Sitcoms wie How I met your Mother, Stromberg oder Pastewka. Ansonsten hat mir Designated Survivor sehr gut gefallen.

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Einfach machen! Das heißt für mich als Neuling im Vorstand, gerade Bestehendes kritisch zu hinterfragen, den Verband weiter zu modernisieren und zu digitalisieren. Unsere Finanzen nachhaltig und vorausschauend zu organisieren.





### Leo Knauf, Jahrgang 2001, Bielefeld

Bei den JuLis seit: 2017

Erster Posten bei den JuLis: Bezirksvorsitzender der liberalen Schüler

Dieses Thema hat mich politisiert:

Schlechte Schulen und fehlende Schulautonomie

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher):

Das Ende der Kanzlerschaft Schröder

Mein politisches Vorbild: Daniel Steiner, ein sonstiges Vorbild habe ich nicht.

Buchtipp: Factfulness von Hans Rosling

Film-/Serientipp: V for Vendetta

Mein Projekt für die kommende Amtszeit:

Weitere Professionalisierung der externen Verbandskommunikation



### Daniel Schirm, Jahrgang 1999, Solingen

Bei den JuLis seit: 2017

Erster Posten bei den JuLis: Beisitzer für Organisation im Kreisvorstand

Dieses Thema hat mich politisiert: Bildung – ich hab mich erst drei Jahre als

Schülersprecher engagiert und so herausgefunden, dass Politik was für mich sein könnte.

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher): Schwer zu sagen, weil vieles im Alltag schon politisch ist, man das da noch nicht geschnallt hat.

Einer meiner ersten (und ständiger) Aufreger in der Schülervertretung war, dass in Zusammenarbeit mit anderen Schülervertretungen in Solingen viele von denen nur über Antifa-Arbeitskreise sprechen wollten, anstatt im Ansatz den Sinn und Zweck einer SV zu erfüllen.

Mein politisches Vorbild: –

Mein sonstiges Vorbild: Ich habe generell nicht „das“ Vorbild. Finde aber an vielen Personen unterschiedliche Eigenschaften und Stärken bewunderns- und nachahmenswert. Zwei Beispiele: die Ruhe und Gelassenheit meines Vaters, das Einfühlungsvermögen meiner Mutter

Buchtipp: Die Kingsbridge-Buchreihe von Ken Follett – historische Romane der Extraklasse

Film-/Serientipp: Blacklist

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Bessere Vernetzung der JuLi-Kommunalpolitiker; der Aufbau eines Netzwerks, in dem Experten aus unserem Verband zusammenkommen (auch solche, die durch ihren Beruf keine Zeit für ein aufwendiges politisches Engagement haben), auf das nicht nur der Landesvorstand, sondern jedes Mitglied bei einer Antragsidee zugreifen kann; Themenveranstaltungen



### Tim Schütz, Jahrgang 1997, Essen

Bei den JuLis seit: Ende 2016 / Anfang 2017

Erster Posten bei den JuLis: LAK-Leiter (Danke an Jens Teutrine, der mich proaktiv tiefnachts über den Facebook Messenger angeschrieben hat :D)

Dieses Thema hat mich politisiert: Ich fand Rot-Grün in NRW eine Katastrophe, die FDP versprach frischen Wind und Freiheit. Davor war ich zwar immer politisch, aber nie übermäßig. Ich komme aus einer extrem unpolitischen Familie.

Mein erster politischer Gedanke/Erinnerung (als Kind/Jugendlicher):

Einführung des Euros und kultige Reden von Gerhard Schröder

Mein politisches Vorbild: Ich versuche von allen Personen zu lernen: Rhetorisch mit Sicherheit Lindner, Kühle, Westerwelle. Von der Bodenständigkeit und Nahbarkeit her Kevin Kühnert. Aber ich durfte auch mit sehr tollen Personen zusammenarbeiten, von denen ich viel gelernt habe. Vor allem: Jens, Alex, Paavo, Max Kemler und Anna.

Mein sonstiges Vorbild: Roger Willemsen (extrem intelligenter Beobachter mit super Humor gewesen)

Buchtipp: Im Grunde gut

Film-/Serientipp: You (würde ich aber nicht alleine gucken. Date-Tipp :D)

Mein Projekt für die kommende Amtszeit: Firmmentour und mehr Muster-PMs/Postings für die Untergliederungen





# POLIZEIGEWALT

Allein im letzten halben Jahr ist eine Vielzahl von Auseinandersetzungen zwischen aktiven Fußballfans und der Polizei öffentlich geworden. Auf verschiedensten Kanälen ist zu sehen, wie auf bereits fixierte Personen eingetreten und eingepöbeln wird, wahllos Pfefferspray in Mengen gesprüht und über eintausend Menschen vor die Wahl gestellt werden, entweder eine sogenannte erkennungsdienstliche Behandlung über sich ergehen zu lassen oder die Heimfahrt anzutreten. Das Klima scheint angespannt – auch in der politischen Auseinandersetzung. Dementsprechend ist dieser Artikel der Versuch einer Einordnung eines regelmäßigen Stadiongängers und Auswärtsfahrers in Liga eins und in Liga zwei.

Zu Beginn sei gesagt: Selten waren Bürgerrechtler so gefragt wie in der aktuellen Situation. Die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht ist und bleibt ein katastrophaler Fehler der vergangenen Legislaturperiode. Denn das Argument, man stärke das Vertrauen in die Einsatzkräfte, mag ein schönes Lippenbekenntnis eines CDU-Politikers sein, erweist sich in der

Realität allerdings als absoluter Bumerang. Es schwächt das Vertrauen und manifestiert völlig ohne Not Anti-Polizei-Narrative, die auch ich in keiner Weise unterstützen möchte. Fest steht allerdings: Kommt es in Nordrhein-Westfalen zu Polizeigewalt rund um ein Fußballspiel, bleibt nicht viel anderes übrig, als dies über sich ergehen zu lassen.

Nun besteht zudem die Gefahr, dass das regelmäßige Nennen einzelner Fälle ein völlig falsches und auch überzogenes Bild von der Lage um deutsche Fußballspiele zeichnet. All denjenigen, die schon an bürgerkriegsähnliche Zustände denken, sei gesagt: Ein Stadionbesuch in Deutschland ist so sicher wie in kaum einem anderen europäischen Land. Auch eine Auswärtsfahrt ist in den allermeisten Fällen völlig sicher. Worüber wir uns unterhalten müssen, sind Geschehnisse, die nicht am oder im Stadion passieren, sondern meistens auf dem Weg dorthin.

## Polizei und die Ultras – Zwischen Schuldzuweisungen und Hilflosigkeit

Als langjähriger Beobachter in verschiedenen Stadien, Bundesländern und bei verschiedenen Vereinen macht sich vor allem ein Bild breit: Es gibt kein gegenseitiges Verständnis auf beiden Seiten. Daher frage ich mich seit Jahren: Warum eigentlich nicht? Ultrakultur zu verstehen ist bei Weitem kein Hexenwerk. Denn aus meiner Erfahrung stehen hierbei verschiedene Faktoren im Vordergrund: zunächst das Zusammengehörigkeitsgefühl bzw. „Alle oder

keiner“. Dies ist eine Form der Kameradschaftlichkeit, die jedem Polizisten eigentlich sympathisch vorkommen sollte, beschwören Gegner der Kennzeichnungspflicht nicht selten eben diesen Gedanken des Zusammenhalts. Diese Menschen legen eben großen Wert darauf, gemeinsam als Gruppe anzureisen, das Stadion zu betreten und auch wieder zu verlassen. Auf beiden Seiten muss jedoch völlig klar sein: Bei Straftaten Einzelner muss der Rechtsstaat eingreifen und wirken. An zweiter Stelle steht die Anonymität. Anlasslose Videoüberwachung, pauschale Personenkontrollen oder geheime Karteien sind eine ebenso große Konfliktlinie. Für die allermeisten Liberalen völlig nachvollziehbar, nicht zu wollen, dass festgehalten wird, wann, wo, mit wem oder wie ich mein Wochenende verbringe. Warum gerade aktive Fußballfans das nicht wollen, ist an einem besonders glänzenden Beispiel der Aushöhlung des Rechtsstaates zu zeigen: die sogenannte „Gewalttäter Sport“-Kartei. Ursprünglich mal eingeführt, um auf einer „nachvollziehbaren Grundlage“ zwischen Fans, auf die sich „polizeiliche Maßnahmen konzentrieren sollen“, und normalen Stadiongängern zu unterscheiden. Herausgekommen ist ein besonders durch Willkür und Intransparenz ausgezeichnetes Überwachungsinstrument des Staates. Teil dieser Kartei wird man, wenn ein Strafverfahren wegen einer von 16 katalogisierten Strafverfahren

eingeleitet (!) wird, es zu einem Platzverweis, einer Ingewahrsamnahme oder, unter Umständen, allein schon einer Aufnahme der Personalien kam. Räumlich ist dies auch nicht auf das Stadionumfeld beschränkt, sondern auch auf dem Weg der An- und Rückreise kann man dafür herangezogen werden. Besonders bemerkenswert: Nicht nur die Unschuldsvermutung wird gekonnt missachtet. Selbst wenn das Verfahren eingestellt wird, sogar bei erwiesener Unschuld, werden die Daten nicht aus der Kartei gelöscht. Auskunft darüber, ob man Teil dieser Kartei ist, bekommt man über ein Formular, über die Aufnahme wird der oder die Betroffene nicht informiert.

Einer unserer zentralsten Grundsätze lautet sinngemäß, dass jeder staatliche Eingriff vor den Bürgern gerechtfertigt werden muss und nicht vice versa. Zu diesem müssen wir nicht nur im Kontext der Pandemiemaßnahmen, sondern auch im Kontext der Fußballspiele zurückkehren. In gegenseitigem Respekt, Verständnis und Kooperation eine Verhältnismäßigkeit herzustellen ist hier das Gebot. Nicht als Stadiongänger, sondern als überzeugter Liberaler habe ich daher regelmäßige Sympathien mit den aktiven Fanszenen, die nichts anderes als basale Bürgerrechte fordern und damit einen gewissen Schutz vor Polizeigewalt und -willkür verlangen.

Eine Unterscheidung ist mir dennoch wichtig: Gewalt und Gewalttäter haben keinen Platz im Fußball, weder im Stadionumfeld noch im Kontext von Fußballspielen. Hier ist ein klares und beherztes Eingreifen der Einsatzkräfte nicht nur notwendig, sondern auch

wünschenswert. Ebenso verhält es sich im Umgang mit Hooligans und Hooliganismus. Hier werden der Fußball und die Vereine als Vorwand zur Gewaltausübung missbraucht und Identifikation mit seinem Verein völlig bewusst falsch verstanden. Glücklicherweise erleben wir keine Verhältnisse der 80er-Jahre mehr, in denen Hooligans einen großen Teil der Fußballkultur vereinnahmen konnten. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass diese Szenen höchstens von der öffentlichen Bildfläche verschwunden sind. Auch hier sehen wir ein völlig berechtigtes Handlungsfeld der Polizei. Eine Vermischung dieser Gruppen, die dem Fußball aus unterschiedlichen Richtungen begegnen, ist dennoch tunlichst zu vermeiden.

Wir Liberale sollten also auch im Kontext Fußball für Bürgerrechte streiten, dem Staat stets skeptisch begegnen, aber gleichzeitig auch für einen durchsetzungsfähigen Rechtsstaat argumentieren, der Verhältnismäßigkeit wahrt.



**Daniel Böhler (22)**, Bezirksvorsitzender Westfalen-West, seit 11 Jahren Mitglied beim VfL Bochum

# NEUER KURS FÜR BRASILIEN

Am 30. Oktober gewann bei einem zweiten Anlauf der Präsidentschaftswahlen in Brasilien der linksorientierte Luiz Inácio Lula da Silva, oder kurz Lula, mit knapper Mehrheit von nicht einmal ganz 51% Brasiliens Chefposten. Der rechtspopulistische, konservative Jair Bolsonaro, Lulas Gegenkandidat und bisheriger Präsident, muss nun nach nur einer Amtszeit wieder Platz machen. Die eine Hälfte des Landes trauert, die andere feiert. Aber was hat die Wahl mit uns in Europa zu tun, und sollten wir uns jetzt auch freuen?

## Warum wir darüber sprechen müssen:

Jedes Jahr verliert der Amazonas-Regenwald allein in Brasilien im Schnitt 11.405 Quadratkilometer Fläche aufgrund von legalen und illegalen Waldrodungen. Der Gewinn aus dem Geschäft mit der Abholzung ist hoch.

Allerdings nimmt Brasilien in mindestens einem Punkt einen großen Einfluss auf die gesamte Weltbevölkerung. Mit dem brasilianischen Teil des Amazonas-Regenwalds besitzt das Land nämlich eines der Kippelemente, welches für ein stabiles globales Klima notwendig ist. Die Biomasse des Waldes bindet geschätzt 250 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>, was rund die Hälfte des in Biomasse gespeicherten Kohlenstoffdioxids

ausmacht. Das bedeutet, dass ohne den Regenwald in Südamerika das Weltklima außer Kontrolle geraten würde. Daher gilt: Klimaschutz geht nur mit dem Amazonas-Regenwald!

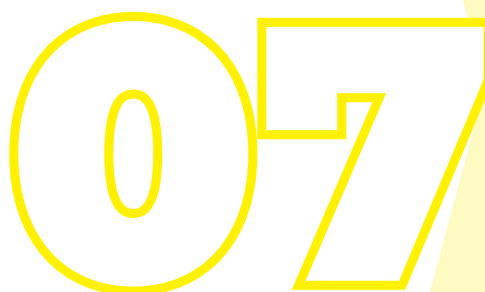
## Klimakiller Bolsonaro

Zu dieser Erkenntnis ist der bisherige Präsident Jair Bolsonaro nicht gelangt. Seiner Überzeugung nach gibt es schlichtweg keinen menschengemachten Klimawandel, und noch viel weniger zieht es negative Konsequenzen für das Abholzen von solch artenreichen Lebensräumen nach sich. Allein in seinen vier Amtsjahren als Präsident kam es zu einigen Maßnahmen gegen den Klima- und Regenwaldschutz. Die Kürzung des Budgets für Umweltschutz, die Zulassung zahlreicher Pestizide und anderer synthetischer Mittel für die freie Nutzung in der Natur oder auch das Dulden und Schützen von illegalen Waldrodungen sind nur eine Auswahl der Aktivitäten des mehrfachen Vaters. Auch Bolsonaros Begeisterung für die

Militarisierung des Staates und der Bevölkerung ist beunruhigend. In seinem Wahlkampf 2018 versprach der ehemalige Hauptmann, den Waffenbesitz für alle einschränkungslos zu ermöglichen und der Polizei unabhängig von Gerichtsbeschlüssen einen Freiraum für Folter und Exekution zu bieten.

## Here we go again – Lulas Vergangenheit

Lula gibt jetzt vielen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, vor allem auch für den Amazonas-Regenwald. Er verspricht, in die gegensätzliche Richtung zu der momentanen Klimapolitik zu steuern. Für ihn ist das Amt allerdings keine neue Erfahrung. Tatsächlich war Lula zwei Amtszeiten, von 2003 bis 2010, bereits Präsident und durfte der Verfassung nach nicht ein drittes Mal in Folge kandidieren.





# Wie das Land vor einer Veränderung stehen könnte und warum deren Politik wichtig für uns ist

## Korruption verurteilt Korruption

Außerdem, was den größten Zwiespalt über ihn auslöst, verbrachte Lula zwischen seiner Präsidentschaft und den Wahlen 2022 ganze 580 Tage im Gefängnis. Das Urteil fiel im Juli 2017. Grund dafür sei Korruption unter seiner Regierung gewesen, welche durch Lula gebilligt worden sein soll. Lula selbst gab zu, Korruption in seiner Regierung zwar wahrgenommen zu haben, jedoch habe er gerade gegen diese Korruption Ermittlungen ins Leben gerufen, um eben auf sie aufmerksam zu machen. Nur in der Aufklärung und Ermittlung sah er die Möglichkeit, den Bestechungen in der Politik gegenzuwirken. Dies sei auch Grund dafür gewesen, dass die Korruption in seinen Amtsjahren so klar erkennbar war. Verurteilt wurde Lula von dem ehemaligen brasilianischen Richter Sergio Moro. Vier Tage nach der Präsidentschaftswahl wurde bekannt gegeben, dass Moro als Justizminister in die Regierung Bolsonaro eingesetzt werde. Auch Moros Liste an Vorwürfen ist lang. Vorwiegend handelt es sich um Rechtsmissbrauch in seinem Amt als Bundesrichter, wofür der Fall Lulas nur ein Beispiel ist.

## Fazit

In jedem Fall sind allein Bolsonaros Falschinformationen über den Ursprung und Einfluss des Klimawandels eine große Gefahr für die gesamte Menschheit. Jedoch lässt sich auch an der korrupten und menschenrechtsverletzenden Politik erkennen, dass eine lösungsorientierte, klimafreundliche Perspektive der Wahrscheinlichkeit nach nicht das Ziel Bolsonaros ist. Mit einer weiteren Legislatur unter Bolsonaro in Brasilien wäre der Amazonas-Regenwald noch mehr gefährdet als ohnehin schon. Die völlige Vernichtung dieses Naturgebietes hätte eine globale Klimakatastrophe zur Folge.

Lulas Perspektive, trotz der angestrebten Klima- und Umweltfreundlichkeit die Wirtschaft des Landes anzukurbeln und vor allem zu beweisen, dass eine starke Wirtschaft auch klimafreundlich geht, bietet Brasilien die Chance, sich zu einem fortschrittlicheren, moderneren Staat zu entwickeln. Ebenfalls Hoffnung für den Amazonas-Regenwald gibt die selbst auferlegte Verpflichtung Brasiliens auf dem Weltklimagipfel in Ägypten, die Abholzung bis 2030 vollständig zu stoppen. Umsetzbar wird dieses Versprechen aber nur sein, wenn die Regierung illegale Rodungen verfolgt, anstatt sie zu tolerieren.

Das heißt: Ja! Wir sollten uns freuen und auf eine wirkliche Veränderung der Klimapolitik gemeinsam mit der Wirtschaft mit Lula da Silva hoffen, da sie mit darüber entscheiden wird, ob wir die Klimakrise als Menschheit meistern oder nicht.

**Michael den Hartog (18)** macht gerade sein Abitur und ist Beisitzer im Kreisvorstand Steinfurt. Seine Lieblingsstadt ist Wien.



# FEELINGS DON'T CARE ABOUT YOUR FACTS –

## WARUM LIBERALE DEN KULTURELLEN RAUM ZURÜCKEROBERN MÜSSEN

„Facts don't care about your feelings.“ Das prominente Zitat des konservativen politischen Kommentators Ben Shapiro ist nicht nur ein weltweit bekanntes Meme, sondern es zeichnet auch eine Geisteshaltung in der politischen Kommunikation aus. Diese Haltung, dass Zahlen, Daten und Fakten alles regieren sollten und dass jeder ein Vollidiot ist, wenn er nicht versteht, warum Marktwirtschaft knappe Ressourcen in einer Volkswirtschaft besser verteilt als der Staat, zieht sich auch durch die Kommunikation vieler Liberaler in Deutschland. Aber die Realität ist, dass – so sehr wir es uns auch noch wünschen mögen – Menschen sich nicht von Kampagnen mitreißen lassen, die einer Statistik-I-Vorlesung gleichen. Wir haben den kulturellen Raum zu lange den politischen Mitbewerbern überlassen. Linke haben das lange verstanden und Konservative beginnen es zu verstehen. Ein Weckruf für Liberale.

### Kunst ist nichts „Richtiges“

Wer wählt in diesem Land liberal? Dazu kommen einem viele Bilder in den Kopf; Unternehmer, Apotheker, Porschefahrer. Kurzum, es entstehen vor allem Bilder von wohlhabenden Menschen. Dieses Bild ist natürlich vorurteilsbehaftet und verzerrt, aber es beschreibt durchaus einen Teil der klassischen Wählerbasis der FDP. In den Kreisen, die sich traditionell der FDP zuordnen, herrscht ein bestimmtes Bild davon vor, wie das Leben gestaltet werden sollte. Fleißig arbeiten, eigenverantwortlich leben und etwas „Richtiges“ lernen. Gleichzeitig nimmt man in

liberalen Kreisen, sowohl bei den Jungen Liberalen als auch bei der FDP, trotz einiger kultureller Weiterentwicklung eine gewisse Geringschätzung für geisteswissenschaftliche und vor allem kreative und kulturelle Berufsbilder wahr.

Dadurch verfestigte sich seit Jahrzehnten eine gesellschaftliche Entwicklung, in der die kulturelle Domäne von Kunst, Kultur, Journalismus usw. kaum von Liberalen bedient wurde. Stattdessen hat die politische Linke dieses gesellschaftliche Feld für sich eingenommen. Nun mögen Liberale einiges an Geringschätzung und (teilweise berechtigter) Kritik am kulturellen Umfeld haben, aber die Menschen in diesem Land werden durch die kulturelle Sphäre stärker als von unseren politischen Institutionen geprägt. Fragt euch selbst, was euch mehr geprägt hat: Die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz oder waren es nicht doch die Bücher, die ihr als Kind gelesen, oder die Musik, die ihr als Teenager gehört habt? Wir sind soziale Wesen und der kulturelle Raum existiert in einem Umfeld des unmittelbaren menschlichen Austausches; der Kontakt zu unseren Freunden, unseren Partnern und unseren Familien.

### Kulturelle Veränderungen richten sich nicht nach Wahlperioden

Uns ist allen intuitiv klar, dass Dinge wie Musik, Film oder unser mediales Umfeld stark prägen. Sollten wir deswegen nun alle unser Studium zum Betriebswirt, Elektrotechniker oder Anwalt abbrechen und anfangen Kunstgeschichte zu studieren? Selbstverständlich

nicht, denn wir Liberale kennen spätestens seit Adam Smith den Wert der Arbeitsteilung. Der gesellschaftliche Wert von liberalen Juristen, Naturwissenschaftlern und Unternehmern ist ebenfalls sehr bedeutend, weil in diesen Umfeldern aktiv am Fortschritt technologischer Errungenschaften, an der Resilienz politischer Institutionen oder dem Wachstum unserer Volkswirtschaft gearbeitet wird. Doch wir müssen aufhören, die kulturelle Sphäre zu ignorieren oder gar zu degradieren. Künstler, Philosophen, Journalisten und zivilgesellschaftlich Engagierte beeinflussen nachhaltig unsere Gesellschaft und unsere Kultur.

Nach den verlorenen Landtagswahlen des Jahres 2022 setzt wieder einmal der alte Reflex der FDP ein. Wir schauen uns die KPIs an und sehen, dass wir bei den älteren Menschen massiv Stimmen eingebüßt haben. Also Fehleranalyse an der Kampagne, Rückkehr zu tradierten FDP-Kernkompetenzen, damit man bei der kommenden Wahl hoffentlich wieder zweistellig werden kann. Dieses Denken in Wahlperioden ist zwar aufgrund des persönlichen Interesses der betroffenen Politiker nachvollziehbar, aber wird den Liberalismus in Deutschland in der ewigen Achterbahnfahrt aus zweistelligen Wahlerfolgen und außerparlamentarischer Opposition halten. Der französische Publizist Alexis de Tocqueville hat schon im 19. Jahrhundert über die Demokratie in Amerika festgestellt, dass für die Funktion einer offenen Gesellschaft ein liberaler Geist in der Zivilgesellschaft wichtiger ist als Gesetze.



## Ein neoliberales Momentum

Wenn wir uns die radikalen Klimaaktivisten ansehen, die sich auf die Straße kleben, dann kritisieren wir völlig zu Recht die Missachtung des Rechtsstaates. Aber die Verengung auf die Frage, wie wir gegen solche Chaoten vorgehen, greift zu kurz. Wir müssen uns fragen: Warum hat die Grüne Bewegung eigentlich Leute, die gewillt sind, sich auf die Straße zu kleben und zivilen Ungehorsam zu leisten, und der Liberalismus nicht? Die Grünen haben in Deutschland mal als Kleinstpartei angefangen, die in der öffentlichen Wahrnehmung von ein paar versprengten Akademikern, Atomkraftgegnern und Öko-Hippies getragen wurde. Ganz lange dümpelten sie mit Wahlergebnissen knapp über 5 % vor sich hin. Gleichzeitig haben sie aber auch die kulturelle Arbeit geleistet, sodass die Grüne Bewegung heute nicht nur ein kulturelles Deutungsangebot für den hausbesetzenden Hippie, sondern auch für das bürgerliche Ehepaar aus dem Prenzlauer Berg bereithält.

Der Liberalismus war im 19. Jahrhundert vor allem auch eine freiheitliche Bewegung, die aus der Zivilgesellschaft und dem Aktivismus hervorging, der vom kulturellen Diskurs und der Kunst flankiert wurde. Wir haben das Potenzial, wieder einen neoliberalen Zeitgeist zu prägen. Dafür müssen wir aber anfangen uns auch neue Fragen zu stellen, die den kulturellen Diskurs prägen,

und nicht nur stets reagieren. Wir müssen darüber sprechen, welche Form des Aktivismus für den Einsatz für Freiheit notwendig ist. Wir brauchen Journalisten wie Ulf Poschardt oder Anna Schneider, die den links-grün geprägten Diskurs wieder verschieben und die Bedeutung des Individuums in den Vordergrund stellen. Wir müssen uns darüber unterhalten, inwiefern Gangster-Rap ein Ausdruck neoliberaler Lebensart ist. Damit erreichen wir nicht nur die Köpfe, sondern vor allem die Herzen der Menschen in diesem Land.

Um einen kulturellen Wandel in der Bundesrepublik herbeizuführen, brauchen wir eine Perspektive, die langfristig auf Jahrzehnte ausgelegt ist, und keine Beschränkung auf die nächste Wahl. Und das wird sich dann langsam, aber sicher auch in solide zweistellige Prozente für die FDP übertragen. Machen wir Projekt 18 zu einer Wirklichkeit und seien wir mutig. Frei nach Friedrich August von Hayek: „Wir müssen den Aufbau einer freien Gesellschaft wieder zu einem intellektuellen Abenteuer machen, zu einem Akt des Mutes.“

### Alexander Kobuss (24)

ist parlamentarischer Referent im Deutschen Bundestag. Er promoviert aktuell zur Geschichte der sozialen Marktwirtschaft. Darüber hinaus ist er stellvertretender Bezirksvorsitzender für Programmatik in Berlin Mitte und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft/Finanzen. Ihr erreicht ihn unter [kobuss@julius.de](mailto:kobuss@julius.de)





# LIBERALE KOMMUNAL POLITIK FÜR 2025

Uns als JuLis und als FDP stehen keine leichten Jahre bevor. Die Ampel in Berlin leidet nicht unbedingt an Überperformance, die Landtagswahlen werden nach und nach verloren und der Unmut in der Bevölkerung über die Politik wächst stark an. Daher müssen wir als JuLis als eine Art Motor der unermüdlichen inhaltlichen Arbeit fungieren. Ein aus meiner Sicht zu Unrecht klein gehaltenes Thema ist dabei die Kommunalpolitik.

Es erkennen immer mehr Akteure, was für ein hohes Gut die Kommunalpolitik doch ist. Von einigen (wie auch von mir) wird sie als „Königsdisziplin“ oder auch „Champions League“ bezeichnet. Hier ist man den Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungen und Wirkung am nächsten. Sie lebt vom Austausch, von Diversität und von vielen Themen, die uns alle mittelbar und unmittelbar betreffen. Aber bei aller Romantik, die ich für diese Themen empfinde, so ist die Kommunalpolitik doch ein wenig am Wanken. Dabei sind die Problemfelder breit gefächert.

## 1) Status quo

Der Ukrainekrieg, Inflation, steigende Arbeitslosigkeit und eine drohende Rezession sind für die kommunale Arbeit und für die Haushalte eine große Last. Die Gewerbe- und die Grundsteuer (B) stellen für die Städte und Gemeinden die größten Einnahmequellen dar. Aufgrund der weiterhin global angespannten Lage sinken nicht nur die Einnahmen der heimischen Unternehmen, sondern auch die Breite unseres unternehmerischen Mittelstandes. Auf die nächsten Jahre gerechnet werden wir also in den kommunalen Haushalten der Städte und Gemeinden auf der Seite der Einnahmen einen Rückgang verbuchen. Die Ausgabenseite hingegen wird voraussichtlich, aufgrund der aktuellen Situation, steigen. Die Kosten für Neubauten oder Sanierungen werden teurer, die Beamten wollen mehr Geld und sonstige stetig anfallende Kosten werden ebenfalls höher.



Auch der demografische Wandel macht nicht halt vor der Kommunalpolitik. So hat die Kurve des Altersdurchschnitts der kommunalen Verwaltungen im Alter 50+ den höchsten Ausschlag. Auch die Beteiligten der politischen Seite werden nicht jünger. Die neu zu besetzenden Stellen finden entweder keinen passenden Bewerber oder wirken nach außen so unattraktiv, dass für viele eine Bewerbung anscheinend keine Option darstellt.

## 2) Städte und Gemeinden

Die öffentliche Verwaltung muss sich selbst weniger als Behörde als vielmehr als ein privatwirtschaftliches Unternehmen, also als Dienstleister für die Bevölkerung, verstehen. Auf viele Berufseinsteiger wie auch qualifizierte Fachkräfte wirkt die öffentliche Verwaltung aktuell eher wenig attraktiv, da dieser ein eintöniges und verstaubtes Image anhaftet. Diesen, in vielen Fällen unberechtigten Vorurteilen müssen wir durch entschlossene Innovation und Umstrukturierung entgegenwirken. Dies wird erreicht durch beispielsweise stringente Digitalisierung und Nutzung moderner Methoden. Die Verwaltung muss insgesamt die Attraktivität weiter steigern, um auch zukünftig und langfristig Fachkräfte an sich binden zu können.

In der Einbringung des Haushaltes muss mehr „Weniger ist mehr“ gedacht werden. Es sollte eine strikte Aufgabenkritik erfolgen, welche eine Überprüfung der Notwendigkeit der Bereitstellung von staatlichen Leistungen beinhaltet. Zum Beispiel müssen Krankenhäuser nicht zwingend durch die öffentliche Hand geführt werden oder brauchen wir in einer Stadt mit 20.000 Einwohnern keine eigenen Digitalisierungs-/Klimamanager.

Die universelle Antwort auf Probleme in der Politik kann nicht jedes Mal eine neue Stelle sein!

Im Haushalt schlagen die sogenannten Transferausgaben auf der Ausgabenseite am tiefsten ein. Hier muss bei Nicht-Pflichtaufgaben ein Balanceakt zwischen dem öffentlichen Bereitstellen einer Leistung und dem Nicht-Bereitstellen (ohne Wegfall der Leistung, falls sie wichtig ist) hergestellt werden. Als oberstes Ziel in den Haushalten sollte immer die Konsolidierung angestrebt werden. Nur durch sie haben die Kommunen haushälterisch die Möglichkeit, Investitionen zu tätigen.

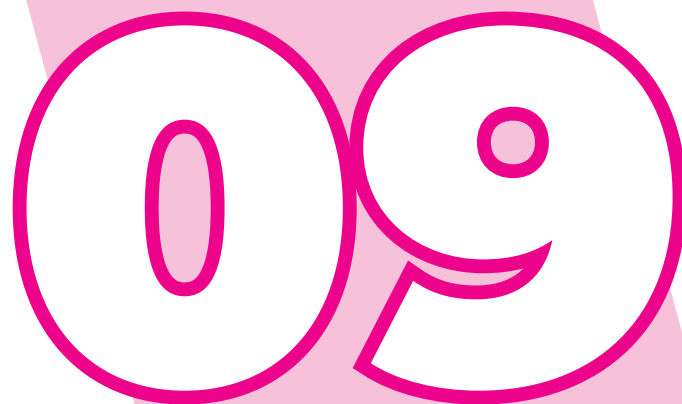
### 3) Kreise

Die Kreise unseres Landes sind umlagefinanzierte Gebietskörperschaften. Sie haben also keine eigenen Einnahmen. Sie haushalten ausschließlich mit dem Geld der Städte und Gemeinden. Gerade in so einer Situation muss jede Ausgabe auf die Notwendigkeit geprüft werden. Durch das Ansteigen des Gesamtvolumens bei in etwa gleich bleibender Kreisumlage sorgt für sogenannte Mitnahmeeffekte. Auch die Ausgleichsrücklagen zu benutzen, um eine Steigerung der Kreisumlage zu verhindern, sollte kein Tabuthema mehr sein. Die Ausgleichsrücklagen sind ausschließlich von den Städten und Gemeinden finanziert!

All diese Punkte sorgen für einen enkelfitten Haushalt und bieten somit Grundlage zur Investition. Unsere Bürgerinnen und Bürger sind der Grund, warum die Heimat immer am schönsten ist. Deshalb sind niedrige Steuern (vor allem Grundsteuer B), eine gute Infrastruktur (eine Mischung aus privat und öffentlich bereitgestellten Angeboten), eine digitalisierte Verwaltung und ein breites Schulangebot eine gute Grundlage für ein schönes Leben in der Heimat.

### 4) Anregungen für die Landespolitik

Seit nun mehr als 50 Jahren besteht die kommunale Gebietsreform. Durch sinkende Bewerbungen auf entsprechende Stellen in der kommunalen Verwaltung ist es an der Zeit, über diese Reform nachzudenken. In kleineren Kommunen sind bestimmte Leistungen nicht wirtschaftlich erbringbar. Gerade hier sollten wir doch als Liberale anknüpfen. Durch das Überdenken der Gebietsreform können wir die interkommunale Zusammenarbeit stärken und somit auch gleichzeitig



gemeinsam Kosten sparen. Eine Aufgabenteilung unter mehreren Kommunen ist also wünschenswert. Ein weiterer Punkt ist das In-Aussicht-Stellen einer Verbeamtung neuer Stellen. Wenn nicht mehr alle Stellen verbeamtet sind, werden zum einen die Pensionskosten für die Kommunen gespart und es stellt zum anderen eine flexible Aufstellung einer Verwaltung für auftauchende Probleme sicher.

### 5) Folgen für uns JuLis

Durch die aufgezählten Punkte merkt ihr: Es gibt viel zu tun. Aber gerade dadurch sollten wir noch mehr Tatendrang verspüren. Es sollte für uns als JuLis jetzt die Folge sein, dass wir mehr von uns in die Ausschüsse als sachkundige Bürger einsetzen. Es braucht aus meiner Sicht noch mehr JuLis, die sich kommunal engagieren und sich auch eine Kandidatur für den Stadt-/Gemeinderat bzw. für den Kreistag vorstellen können. Bringen wir wieder mehr Liberalität und marktwirtschaftliche Prinzipien in die Arbeit vor Ort. Nur mit uns geht Innovation auf jeder politischen Ebene!

#### Felix Abruszat (22)

Ich komme aus Porta Westfalica. Ich studiere in Osnabrück Musik und engagiere mich leidenschaftlich für Marktwirtschaft und Kommunalpolitik.



# INNERE SICHERHEIT NACHHALTIG GESTALTEN

Wie wir Kriminalität langfristig stoppen können

Seit nun mehr als 7 Monaten tobt der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Der russische Präsident Putin verkündete voller Stolz am 30.09.2022 die Annexion der vier ukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson. Die internationale bzw. westliche Gemeinschaft erkennt jene Annexion allerdings nicht an, ebenso wie die Ukraine selbst. Auch die deutsche Bundesregierung erkennt die Annexion der ostukrainischen Gebiete nicht an und verurteilt die undemokratischen Abstimmungen, welche eher dem Willen von Putin als einer freien Wahl gleichen.

Während es also im Ausland kaum verunsichernder zugehen könnte, erleben wir gerade im deutschen Inland eine Phase der Rechtsstaatlichkeit und quasi Gesetzestreue. Sowohl die Kriminalitätsrate als auch die Rate der Aufklärung sind nahezu auf einem Allzeithoch in Deutschland. Anfang der 1990er-Jahre lag die Aufklärungsquote bei knapp 40 %, während wir 2021 fast 60 % der Straftaten aufklären konnten. Wir sehen also eine Verbesserung in den letzten 30 Jahren, doch Verbesserungen selbst können nicht unser dauerhafter Anspruch an den Rechtsstaat sein. Als Liberale versuchen wir natürlich den bestmöglichen Weg zu finden, Vorgaben und Regularien festzulegen, welche langfristig die innere Sicherheit weiter vorantreiben. Es ist nämlich die

Aufgabe des Staates, für unsere Sicherheit zu garantieren, sowohl inner- als auch äußerlich.

Ein definitiv wichtiger Schritt wurde mit der geplanten Legalisierung von Cannabis getan. Denn von ca. 5 Millionen Straftaten sind allein knapp 270.000 auf die Droge zurückzuführen. Dass diese Verfolgung völlige Verschwendung von Zeit, Geld und Aufwand ist, brauche ich, denke ich, nicht weiter zu erklären. Ungefähr weitere 120.000 Delikte hängen mit anderen illegalen Drogen zusammen. Drogendelikte, bei denen niemand Drittes zu Schaden kommt, wo es also quasi keine richtigen Opfer oder anders gesagt Geschädigte gibt, sind wieder nur Zeitverschwendung von Polizei und Justiz. Statt Suchtkranke zu kriminalisieren, sollte man sich darauf konzentrieren, diesen Menschen zu helfen. Mit die wichtigste Aufgabe der rechtsstaatlichen Strafverfolgung ist die Resozialisierung in die Gesellschaft. Erfolgreiche Beispiele für solche modernen Modelle finden wir in der Schweiz oder noch bekannter in Portugal.

Nachdem wir also unsere staatlichen Institutionen um ca. 350.000 Straftaten erleichtert haben, schauen wir, ob wir das so weiterführen könnten. Ohne Frage steht für uns als liberale Organisation die Generationengerechtigkeit an oberster Stelle unserer Ziele. Denn nicht nur sorgt eine umfangreiche Bildung für nahezu unbegrenzte

Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, sie schützt absolut vor der Not, eine kriminelle Laufbahn einzuschlagen. So fand die Bertelsmann Stiftung heraus, dass wir nicht nur über eine Milliarde Euro an jährlichen Kosten einsparen könnten, sondern dass wir knapp 340.000 weniger Strafdelikte zu beklagen hätten. Bildung ist wie so oft der Schlüssel zur Beseitigung vieler gesellschaftlicher und staatlicher Probleme. Unter den zahlreichen Straftaten wären 320.000 Diebstähle, 20.000 Raubüberfälle und auch 400 Morde weniger verzeichnet gewesen.

Ich bin hier ziemlich selbstbewusst, wenn ich behaupte, dass wir alle gemeinsam in einem besseren Deutschland leben würden, wenn jeder und jede mit der bestmöglichen Bildung in das Leben starten würde. Dadurch würden wir nicht nur aktiv Kriminalität bekämpfen und so Arbeitsplätze schaffen, sondern wir könnten sie für künftige Generationen ebenfalls verhindern. Der Grund dafür liegt daran, dass die Kinder von vorbestraften Eltern eher dazu tendieren, ebenfalls Straftaten zu begehen. Sicherlich spielt dort auch die Komponente der Bildung wieder mal eine Rolle. Gesellschaftliche Strukturen hängen nämlich einfach oft mit einander zusammen. Wenn es unser eigener Anspruch ist, diese Strukturen zu durchbrechen, müssen wir das auch in jener Gesamtheit betrachten. Es dürfte auch eigentlich wenig



überraschen, dass man mit einem sicheren Arbeitsplatz und einem gesunden Verhältnis zu seiner Familie keinen Grund finden wird, kriminell zu werden und Verbrechen zu begehen.

Bis jetzt habe ich vor allem über zwar effektive, aber tendenziell eher passive Lösungsansätze gesprochen. Um unseren staatlichen Apparat effizienter zu organisieren, sollten wir die gesparten bzw. eingenommenen Gewinne direkt in jenen reinvestieren, sodass eine Art Kreislauf entsteht, in welchem wir am Ende alle profitieren. Es ist hierbei nicht einmal zwingend notwendig, auf mehr Manpower zu setzen – durch Entlastung der Bürokratie und mit den verfügbaren Geldern wäre es hier möglich, unsere aktuelle Polizei besser zu organisieren. Definitiv wäre mehr Geld im Staatshaushalt eine große Unterstützung, vor allem für unsere Justiz. Unsere Berufsrichter haben es bei dem enormen Arbeitsaufwand mehr als nur verdient, besser bezahlt zu werden. Hier sollten wir den Beruf an sich attraktiver gestalten für die nächsten Generationen von Richtern. Immer wieder wird auch von führenden Politikern der Diskurs zum Thema Bewaffnung der polizeilichen Kräfte

angeregt. Ich denke, es würde uns relativ wenig nützen, wenn unsere Polizisten zukünftig ähnlich schwer ausgerüstet sind wie die deutsche Bundeswehr. Zudem hätte das viel eher die Folge, dass wir Kriminelle dazu motivieren würden, nachzuziehen von der Bewaffnung her. Besonders beobachten lässt sich das in zunehmend autoritären Staaten auf der Welt, wo sich die Polizei in regelrechten Straßenkriegen mit Kriminellen befindet. Zudem sollte die Effektivität von schwer bewaffneten Polizisten definitiv infrage gestellt werden. Aus der Sicht des besten Weges klingt diese Pauschalaussage eher nach stumpfem Populismus. Meistens ist dieser dann noch mit etwas Hass auf bestimmte Bevölkerungsgruppen garniert, um den einfachen Bürger so gut es geht zu provozieren.

Der Weg der Vernunft liegt also eher in der sachlichen Analyse der tiefliegenden Probleme und fördernden Strukturen. Politik funktioniert am effektivsten, wenn sie ohne Ideologie oder Emotionen im Hintergedanken betrieben wird. Sie sollte uns als Gesellschaft und deutscher Bevölkerung an erster Stelle dienen. Um gemeinsam eine leidfreie Zukunft zu erschaffen, in welcher sich jeder vom Rechtsstaat gehört und geschützt fühlt.

#### Ashad Schefah (18)

Ich studiere seit diesem Semester Englisch und Philosophie auf Lehramt.

Bei den JuLis Wuppertal bin ich als Beisitzer im Vorstand.



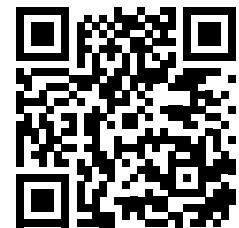
# Zwischen der Bedeutung von Staatsverständnis, Wirtschaft und Sozialem – Der Wunsch nach Freiheit verbindet

Weiter nach rechts oder doch weiter nach links? Diese Frage stellen wir uns immer mal wieder – gerade jetzt, wo die Umfrageergebnisse nicht gerade glänzen. Vielleicht hilft uns dabei ja ein Blick zurück zu unseren Vordenkern. Innerhalb der liberalen Familie gibt es unterschiedliche Freiheitsverständnisse. Deshalb findet ihr hier eine kleine Reise zu drei verschiedenen Denkern, die meiner Meinung nach wegweisend für den Liberalismus waren.

## Der Staat als Freiheitsinstrument

John Locke wird von vielen oft als Urvater des Liberalismus bezeichnet: „Das große Ziel der Menschen, die in eine Gemeinschaft eintreten, ist der Genuss ihres Eigentums in Freiheit und Sicherheit, und das große Instrument und die Mittel dazu sind die Gesetze, die in dieser Gesellschaft erlassen werden“, so Locke. Dabei gelten für ihn Freiheit, Leben und Eigentum als unersetzliche Naturrechte eines jeden Menschen. Diese können in der Abwesenheit einer staatlichen Ordnung aber nicht durchgesetzt werden. Deshalb argumentiert Locke für ein Staatswesen, welches den Schutz von Freiheit und Eigentum als Legitimationsgrundlage hat. Zugleich ist für ihn die Trennung der Staatsgewalten von entscheidender Bedeutung. Eine Beschränkung der eigenen Macht ist dafür wichtig. Locke war einer der Ersten, der eine strikte Trennung von gesetzgebender (legislativer) und ausführender (exekutiver) Gewalt forderte. Damit hat er einen entscheidenden Beitrag zu unserem liberalen Staatsverständnis und zur Gewaltenteilung geleistet.

John Locke (1632–1704) war ein englischer Arzt sowie einflussreicher Philosoph und Vordenker der Aufklärung. Locke gilt allgemein als Vater des Liberalismus und argumentiert in seinem Werk „Two Treatises of Government“ für eine liberale Staatsform.



Mehr Infos zu John Locke

A chalkboard with the word "LIBERALISM" written in white chalk. A magnifying glass is positioned over the word, focusing on the letters "BERA".

## Marktwirtschaft <-> Zentralverwaltungswirtschaft

Den Neoliberalismus verkörpert wohl keiner so gut wie Friedrich August von Hayek. Er sprach sich immer wieder gegen Sozialismus und für eine freie Marktwirtschaft aus. Für ihn kann eine zentral geführte Planwirtschaft mit kollektivistischen Zügen nicht überzeugen. Die meisten Eingriffe, die der Staat in die freie Wirtschaft vornimmt, schaden ihr, anstatt ihr zu helfen. Hayek war überzeugt: Wissen ist dezentral verteilt. Nur die Entscheidungen darüber, was in einer Wirtschaft sinnvoll ist, können nicht zentralisiert werden, beispielsweise durch ein zentrales Planungskomitee. Eine zentrale Planungsstelle könnte niemals wissen, wie viel ein Produkt wirklich wert ist und welches Produkt dem Einzelnen wichtiger ist als ein anderes. Hayeks Schlussfolgerung: Nur in einem marktwirtschaftlichen System mit freier Preisbildung können die Ressourcen angemessen verteilt werden. Damit legt Hayek einen wichtigen Grundstein für unser liberales Verständnis von Wirtschaftspolitik.

Friedrich August von Hayek (1899–1992) war ein österreichischer Ökonom sowie Theoretiker des Neoliberalismus und zählt zu den wichtigsten Denkern des Liberalismus im 20. Jahrhundert.



Mehr Infos zu Friedrich August von Hayek

## Aufstieg durch Chancengerechtigkeit

John Rawls ist für sein Werk „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ bekannt und gab damit liberale Antworten auf soziale Fragen. Seine Forschung basiert auf einem fiktiven Gesellschaftsvertrag, den die Gesellschaft gestaltet, ohne über ihre individuellen Interessen, Fähigkeiten sowie soziale und ökonomische Stellung im späteren Leben Bescheid zu wissen. Deshalb ist der Zustand, das Leben mit Privilegien beginnen zu dürfen, Zufall. Daraus folgt für den Harvard-Professor die moralische Verpflichtung, die Situation schlechter gestellter Menschen in der Gesellschaft zu verbessern. Jeder Mensch muss dafür dieselbe Chance haben, durch Leistung, Fleiß und Tatendrang seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Für ihn ist eine Gesellschaft deshalb auch dann gerecht, wenn Menschen nicht die gleiche ökonomische Stellung haben. Sie brauchen nur die gleichen Chancen – frei von Diskriminierung.

John Rawls (1921–2002) war ein US-amerikanischer Philosoph, der als Professor an der Harvard University lehrte. Sein Hauptwerk „A Theory of Justice“ gilt als eines der einflussreichsten Werke der politischen Philosophie.



Mehr Infos zu John Rawls

Unsere heutigen liberalen Überzeugungen sind unterschiedlich – aber wie ihr seht, war das auch bei unseren Vorfahren nicht anders. Manche streiten für mehr wirtschaftlichen Wettbewerb, manche möchten sozialen Aufstieg fördern und manche treten für einen konsequenten Rechtsstaat ein. So unterschiedlich unsere liberalen Überzeugungen auch sein mögen, verbindet uns alle eins: der Wunsch nach mehr Freiheit!

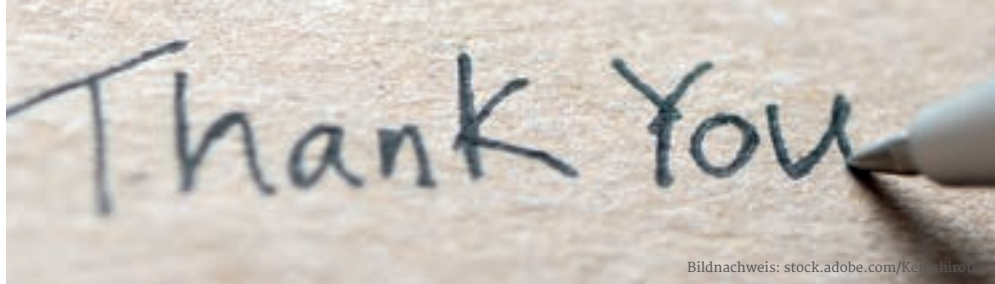
# 11

### Thomas Jobelius (18)

ist Trainee im Europäischen Parlament und streitet für einen ganzheitlichen Liberalismus.







Bildnachweis: stock.adobe.com/Kerashiro

## Danke, Torben!

Mit 18 Jahren in Rente gehen... Klingt nach einem Paradies für die Linkspartei, ist aber in diesem Falle ein mehr als positives Zeichen. Ich hätte den Artikel jedoch passenderweise mit einem tiefgreifenden Zitat eines großen Denkers des Liberalismus beginnen müssen. Ich könnte ihn aber nur enttäuschen, weil ich deutlich weniger liberale Klassiker beherrsche als Torben. Ohnehin: Die meisten Menschen sind zu Lebzeiten vermutlich weniger gelesen, als es Torben mutmaßlich bereits mit 12 Jahren war. Eine mehr als wichtige Qualität für einen guten Chefredakteur unseres JULIMAGAZINS.

Ohnehin: Die Aufgabe des Chefredakteurs ist wirklich unterschätzt. Es ist nicht gerade eine Kleinigkeit, ein Magazin thematisch zu planen, sich Rubriken auszudenken, Autorinnen und Autoren (schreibt gerne alle Artikel!!!) zu finden und diese auch an Deadlines zu erinnern. Im Anschluss muss das Zusammenspiel aus Agentur, Druckerei und Lektorat koordiniert werden, müssen Artikel durchgelesen werden und vieles mehr. Hinter jedem Buchstaben, oft schwarz auf bunt, steckt also viel Arbeit, die zu selten wertgeschätzt wird. Gemeinsam mit Sina hast Du hier wirklich tolle Arbeit geleistet.

Wer Sina und Torben kennt, der würde die beiden vermutlich nicht gemeinsam regelmäßig bei einem Bier/Club Mate/stillen Wasser sitzen sehen. Aber gerade die Unterschiedlichkeit von Euch beiden, politisch wie zwischenmenschlich, war aus meiner Sicht eine große Stärke für dieses Magazin. Denn ein erfolgreiches Magazin ist weder nur unterhaltsam oder nur fachlich, sachlich. Torben, Du verabschiedest Dich zufrieden in Zusammenhang mit einem echten Aufstieg: dem Aufstieg als jüngster Bezirksvorsitzender dieses Landesverbandes, in Ostwestfalen-Lippe. Der letzte Landeskongress hat noch einmal gezeigt: Dieser Verband steht brutal hinter Dir, ein gutes Zeichen. Ich wünsche Dir und Deinem Team viel Erfolg bei dieser neuen Aufgabe.

Viel Erfolg und ein großer Dank für Deine stets gute Arbeit!!

### Tim Schütz (25)

ist stv. Landesvorsitzender der JuLiS NRW und auch ehemaliger Chefredakteur des JULIMAGAZINS. Abseits der Politik arbeitet er für einen Baukonzern und spielt Tischtennis. Ihr erreicht ihn unter [tim.schuetz@julis-nrw.de](mailto:tim.schuetz@julis-nrw.de)



## IMPRESSUM

### Chefredaktion/V. i. S. d. P.

Chefredaktion Sina Behrend,  
[sina.behrend@julis.de](mailto:sina.behrend@julis.de) und  
Torben Hundsdoerfer,  
[torbenhundsdoerfer@julis.de](mailto:torbenhundsdoerfer@julis.de)

### Redaktion:

Felix Abruszat, Marc Bauer, Martin Bangard, Sina Behrend, Daniel Böhler, Jessica Bremes, Johannes Brill, Jonathan Dammermann, Alondra von Groddeck, Michael den Hartog, Torben Hundsdoerfer, Thomas Jobelius, Leo Knauf, Alexander Kobuss, Anna Neumann, Ashad Schefah, Tim Schütz, Daniel Schirm, Alexander Steffen, Dennis Schmidt, Erik Prümer, Alina Piddubna

### Herausgeber und Verlag

Junge Liberale Landesverband NRW  
e. V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,  
Telefon (0211) 4925185,  
[julimagazin@julis-nrw.de](mailto:julimagazin@julis-nrw.de)

### Fotos

[photocase.com/Adobe Stock](https://www.photocase.com/AdobeStock)

### Gestaltung

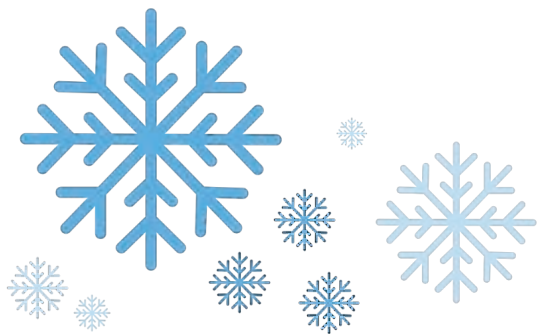
BTW MARKETING,  
[www.btw-marketing.com](http://www.btw-marketing.com)

### Lektorat

Angelika Lenz, [www.angelika-lenz.de](http://www.angelika-lenz.de)

### Druck

frames GmbH, Essen  
Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.



**Liebe JuLis,**

Auch 2022 war für uns alle ein ereignisreiches und mit Sicherheit kein Jahr wie jedes andere.

Der 20. Februar war mit dem russischen Überfall auf die Ukraine ein besonders schwarzer Tag für Frieden und Freiheit in Europa und der Welt. Die dadurch ausgelöste Energiekrise und anhaltende Inflation macht das Leben für viele Bürgerinnen und Bürger schwerer und stellt unsere Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Auch wir Freie Demokraten befinden uns nach den Niederlagen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen in einer schwierigen Lage. Zuletzt haben die Wahlen in Italien und Schweden gezeigt, dass sich die Gesellschaft in einigen Teilen Europas vermehrt den politischen Rändern zuwendet. Und schließlich bleiben die Probleme der Rechtsstaatlichkeit vor allem in Ungarn und Polen eine Herausforderung für unsere europäischen Werte.

Für uns muss eins klar sein: Diese großen Herausforderungen werden wir nur mit einer reformierten und handlungsfähigen EU angehen können. Europa muss sich auf die großen Fragen konzentrieren! Die EU muss geopolitisch stärker, digitaler und wettbewerbsfähiger werden.

Liebe JuLis, ich danke euch für eueren starken Einsatz für liberale und europäischen Werte. Gemeinsam müssen wir wieder mehr Menschen davon überzeugen, dass wir die richtigen Ideen und Konzepte für die Zukunft unseres Landes und der Europäischen Union haben.

Ich wünsche Euch allen erholsame weihnachtliche Tage und einen guten Start in das neue Jahr 2023!

Euer Moritz

Wenn ihr Fragen oder Anregungen habt und mich kontaktieren wollt, schreibt mir gerne eine E-Mail unter **[moritz.koerner@europarl.europa.eu](mailto:moritz.koerner@europarl.europa.eu)** oder kontaktiert mich über Social Media.

@moritz\_koerner

@moritzkoernerfdp

@moritzkoerner

"Europa, wir müssen reden!"



**Moritz Körner**



**Mitglied des Europäischen Parlaments**

**renew  
europe.**